



Antrag B 1

Antragsteller: GBV

**Empfehlung der
Antragsberatungskommission:**

Annahme

Leitantrag:

GdP - Präsent wo's brennt

Die letzten Jahre haben unzählige Belege dafür geliefert, dass die Menschen in der Bundespolizei, im Zoll und im BAG an der Schnittstelle von Recht und Unrecht und von Chaos und Ordnung eingesetzt sind. Für diesen Auftrag die Menschen zu stärken, ist unsere Aufgabe.

Die Welt verändert sich in zum Teil dramatischer Geschwindigkeit.

Das Sicherheitsbedürfnis der Menschen und die Angst vor Kriminalität nehmen zu. Die wachsende Besorgnis verändert das Verhalten und die Erwartungen an die Politik. Die Aufgabenvielfalt und Veränderung der Aufgabenwahrnehmungen, national und international sind eng mit einer höheren Verantwortung der Sicherheitsbehörden des Bundes verbunden.

Das zentrale Problem, das alle Sicherheitsbehörden trifft, wird nun offensichtlich. Es fehlt an einem Gesamtkonzept für die Sicherheitsbehörden in Deutschland mit strategischer Ausrichtung.

In Deutschland gibt es kaum ein Defizit an Gesetzen. Vielmehr gibt es ein Defizit im Vollzug dieser Gesetze. Geben wir das Prinzip von Freiheit und Ordnung auf, haben die Kriminellen ihr Ziel erreicht.

Die Hauptaufgabe von Polizei ist die Prävention. Sie darf nicht wirtschaftlichen Kennzahlen untergeordnet werden. Die Gewerkschaft der Polizei fordert daher, einen deutlichen Schwerpunkt auf die Prävention zu legen. Eine flächendeckend vorhandene Polizei und die Orientierung an sicheren Räumen, führen zu einer größeren Bedeutung der Prävention. Die GdP fordert daher eine flächendeckende und deutlich größere Präsenz der Bundespolizei in der Öffentlichkeit. Ein Rückzug aus der Fläche wird abgelehnt.

Neben dem Bundeskriminalamt sind Bundespolizei und Zoll gleichermaßen bedeutende und unverzichtbare Sicherheitsbehörden des Bundes und leisten mit ihren vielfältigen polizeilichen Aufgaben einen wesentlichen Beitrag zur Inneren Sicherheit.

Die Verlagerung auf Prävention und Gefahrenabwehr führt auch dazu, dass die staatlichen Maßnahmen zur Informationsbeschaffung verschärft werden müssen.

- | | | |
|---|--|--------------------------------------|
| <input type="radio"/> Angenommen | <input type="radio"/> Abgelehnt | <input type="radio"/> Erledigt durch |
| <input type="radio"/> Arbeitsmaterial | <input type="radio"/> Arbeitsmaterial zu | <input type="radio"/> Nichtbefassung |
| <input type="radio"/> Annahme in der Fassung: | | |



Die Strategie des heutigen Terrorismus, wahllos auf eine möglichst große Zahl von Opfern zu setzen, lässt vielen öffentliche Räume und Menschenansammlungen plötzlich unheimlich und bedrohlich erscheinen.

Wir erfahren täglich von Brennpunkten, Konflikten und kriegerischen Auseinandersetzungen.

Diesen Konflikten ist gemein, dass sie zwar räumlich weit weg sind, jedoch in unserer globalisierten Welt unmittelbar auf unser Leben in Deutschland und Europa ausstrahlen und zunehmend die deutschen Sicherheitsbehörden bei internationalen Polizeieinsätzen gefordert sind.

Mit dem Internet ist nicht nur ein Instrument weltumspannender Kommunikation geschaffen worden, sondern gleichzeitig eine Plattform für international agierende Tätergruppen entstanden. Dies bedeutet eine weitere Anforderung an die Sicherheitsbehörden.

Täter missbrauchen eine der großen Weltreligionen als Legitimation für ihre schändlichen Taten. Sie wollen unseren Staat, unsere Gemeinschaft destabilisieren. Sie sind international vernetzt. Sie nutzen die Waren- und Geldströme in der globalen Welt, um ihren Terror zu finanzieren.

Die terroristische Bedrohung ist alltäglich und besonders perfide, weil immer wieder Einzeltäter, motiviert von einer irrationalen und menschenfeindlichen Ideologie hier in Deutschland zu Tätern werden.

Eine weitere Folge der Konflikte ist die Zunahme von Flucht und Migration weltweit. Die Zahl der Flüchtlinge, war nach UN-Angaben Ende 2016 mit 22,5 Millionen Menschen weltweit höher als jemals zuvor.

Menschen, die vor Kriegen aber auch vor Korruption und Misswirtschaft fliehen, haben Deutschland in einem vorher nicht gekannten Umfang erreicht. Die Bundesrepublik war auf diesen Flüchtlingsstrom nicht vorbereitet, obwohl es Anzeichen für diese Migration gegeben hat. Es ist dem hohen Engagement unserer Kolleginnen und Kollegen zu verdanken, dass die Verfahren sehr schnell in geordnete Bahnen gebracht werden konnten.

Nicht nur Schutzsuchende haben den Weg nach Deutschland gewählt.

Die Frage nach dem richtigen Umgang mit den Flüchtlingswanderungen und den richtigen Antworten hat viele Menschen stark verunsichert. Viele Menschen fühlen sich mit ihren Problemen allein gelassen und von der Politik nicht mehr verstanden.

Auseinandersetzungen bei der Suche nach Lösungen werden aggressiver geführt. Angriffe auf den Staat und gegen Repräsentanten unserer Gesellschaft werden in den „neuen sozialen Medien“ geführt, wobei auf rechtsstaatliche Prinzipien kaum Rücksicht genommen wird. Diese Verbale Verrohung führt dazu, dass zunehmend Aggression und Hass auf die Straße getragen werden.



Unsere Kolleginnen und Kollegen, die unseren Rechtsstaat verteidigen, sind zuerst mit dieser Aggression und mit diesem Hass konfrontiert. Wir erleben dies täglich durch zunehmende Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten und bei Gewaltexzessen im Umfeld von Sportereignissen und am Rande von politischen Kundgebungen.

Damit darf unsere Gesellschaft sich nicht abfinden. Dieser Entwicklung muss etwas entgegengestellt werden. Wir sehen es daher als eine Kernaufgabe aller demokratischen Kräfte an, dass alles unternommen wird, um den gesellschaftlichen Konsens und das Vertrauen in die Institutionen unserer Gesellschaft wieder herzustellen.

Die beschriebenen Aspekte haben gezeigt, dass unsere Sicherheitsbehörden nur unzureichend personell und materiell für derartige Ereignisse ausgestattet sind und dass die massiven Kürzungen der vergangenen Jahre zu unverantwortlichen Lücken in unserer Sicherheitsarchitektur geführt haben. Unsere Kolleginnen und Kollegen konnten diese Lücken nur mit ihrem außerordentlichen persönlichen Einsatz und durch Leistung von vielen Überstunden kompensieren.

Eine Folge der hier skizzierten Herausforderungen ist, dass die Einsatzsituation der Sicherheitsbehörden des Bundes derzeit nur unter Vernachlässigung polizeilicher Einsatzerfordernisse und massiver Missachtung EU-rechtlicher arbeits- und gesundheitsrechtlicher Vorschriften zur Begrenzung von Arbeits- und Einsatzzeiten zu meistern ist.

Die Gewerkschaft der Polizei sieht dringenden Handlungsbedarf, um die Bundespolizei aber auch die anderen Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder insgesamt wieder in die Lage zu versetzen, ihren gesetzlichen Aufgaben vollumfänglich nachzukommen zu können.

Als die kompetente Interessensvertretung der Beamtinnen und Beamten sowie der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Bundespolizei, dem Zoll und dem Bundesamt für Güterverkehr setzen wir – die Gewerkschaft der Polizei - uns sowohl in unserer gewerkschaftlichen Arbeit als auch in unserer personalvertretungsrechtlichen Interessensvertretung der Beschäftigten in diesen Behörden für die konsequente Weiterentwicklung der Sicherheitsbehörden des Bundes ein. Mit ca. 24.700 Mitgliedern ist die GdP in der Bundespolizei die bedeutendste Gewerkschaft und beim Zoll und im BAG eine ebenso unverzichtbare Interessenvertretung.

Nur zufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind erfolgreiche Mitarbeiter. Daher sind die Berufszufriedenheit und die erfolgreiche Bewältigung der Aufgaben der Sicherheitsbehörden des Bundes zwei Seiten einer Medaille. Unsere Kolleginnen und Kollegen haben es verdient, dass ihre Leistungen angemessen gewürdigt werden. Zur Würdigung ihrer Leistungen müssen die Sicherheitsinstitution des Bundes, sowohl personell als auch materiell, im Umfang der an sie gestellten Aufgaben und Herausforderungen ausgestattet werden. Sie müssen auf die Anforderungen und Risiken von heute und von morgen schnell und angemessen reagieren können.



In einer Zeit, in der sich sehr viele Menschen aus den Krisengebieten der Welt aufmachen, um Schutz zu suchen, um für sich und ihre Familien eine bessere Perspektive zu finden, hat die Gewerkschaft der Polizei klare Forderungen an den Gesetzgeber:

Die personellen und materiellen Rahmenbedingungen für die Bundespolizei, den Zoll und das BAG sind weiterzuentwickeln. Migration und Zuwanderung müssen in geordneten Bahnen verlaufen.

Grenzschutz - Einwanderungspolitik – Einwanderungsgesetz

Es bedarf eines wesentlich besser abgestimmten Einwanderungsmanagements und zwar auf allen Ebenen. Eine Neuausrichtung erfordert eine neue Denkweise mit einer besseren polizeilichen Strategie zur Bekämpfung einer illegalen und mit kriminellen Methoden betriebenen Zuwanderung.

Migration muss humanitär, kontrollierbar und steuerbar sein. Dieses fängt an den Außengrenzen an. Grundlage für ein sicheres Europa sind funktionierende Außengrenzkontrollen. Diese sollten als Ersatz für die weggefallenen Grenzkontrollen innerhalb der Schengener Staaten dienen.

Solange die europäische Außengrenzkontrolle nicht wirksam funktioniert, wird ein moderner Grenzschutz an den innereuropäischen Grenzen notwendig bleiben. Mehr Bundespolizei an den innereuropäischen Grenzen bedeutet nicht das Ende des Schengen-Raums und ist kein Widerspruch zu einem freizügigen Europa. Mehr Personal an den Grenzen ist der Garant für ein funktionierendes Europa und bedeutet Ordnung und Sicherheit.

Grenzschutz verdient Aufmerksamkeit und Anerkennung, damit Europa sich gegen jene wehren kann, die versuchen den Errungenschaften der Europäischen Idee zu schaden. Er sichert unsere Freizügigkeit in Europa.

Die Gewerkschaft der Polizei bekräftigt ihre Forderung nach mehr Personal. Grenzschutz ist die Kernaufgabe der Bundespolizei.

In einem Einwanderungsgesetz, welches verbindliche Regeln der Zuwanderung schafft sehen wir ein wichtiges Instrument zur gerechten Steuerung der Migration.

Rückführungen und Verantwortung der Politik

Eine konsequente Durchführung von Maßnahmen der Rückführung stellt einen unverzichtbaren Bestandteil im Kampf gegen die irreguläre Migration dar, die gleichermaßen im Sinne Deutschlands wie der EU ist. Die GdP kritisiert, dass die Politik täglich neue und untaugliche Ideen präsentiert. Wir begrüßen die Absicht, gebotene Rückführungen konsequenter als bisher durchzuführen. Dazu bedarf es eines Gesamtkonzeptes „Rückführung“ mit der Benennung von klaren Verantwortlichkeiten. Die GdP lehnt für die Bundespolizei ihre Heranziehung als Internierungspolizei ab. Die Bundespolizei steht nicht als Lagerpolizei zur Verfügung. Unabdingbar ist diesbezüglich die Schaffung



zwischenstaatlicher Vereinbarungen zum Schutz unserer rückführenden Kolleginnen und Kollegen.

Rückführungen bedeuten in großem Maße menschliches Leid und sind für alle, auch für die Bundespolizistinnen und Bundespolizisten, schwer belastend. Die GdP setzt sich für deutlich bessere Regelungen und Rahmenbedingungen für die Rückführbeamtinnen und -beamten ein.

Bahnpolizei

Die bahnpolizeiliche Aufgabenwahrnehmung ist seit über 25 Jahren Aufgabe der Bundespolizei und somit ein fester Bestandteil der Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik Deutschland. Für diese wichtige Aufgabe fordert die GdP eine angemessene personelle Ausstattung. Einem Rückzug aus der Fläche erteilen wir eine klare Absage. Da in naher Zukunft viele Beschäftigte mit ihrem Fachwissen im bahnpolizeilichen Bereich in den Ruhestand gehen, fordert die GdP die Wiederaufnahme des BaPo-Grundlehrgangs zur Erlangung von spezifischem Fachwissen im Dienstzweig Bahnpolizei.

Europapolitik

Im Vertrag von Maastricht haben die EU-Mitgliedsstaaten 1993 erstmals das Ziel einer "Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik" (GASP) formuliert. Um diesem Ziel näher zu kommen, bedarf es einer intensiveren und Zusammenarbeit auf polizeilicher und justizieller Ebene. Wir begrüßen daher jede Initiative zur Intensivierung von länderübergreifender Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden. Die Bundespolizei europäisch aufzustellen bedeutet auch, die gemeinsame Aus- und Fortbildung weiter auszubauen.

Die Aufgabe der Sicherheitsbehörden des Bundes wird in Folge der zunehmenden Globalisierung internationaler. Schon heute sind Kolleginnen und Kollegen in internationalen Behörden und Institutionen tätig. Daher fordern wir die Schaffung einer europäischen Mitarbeitervertretung. Diese wollen wir gemeinsam mit anderen Gewerkschaften auf den Weg bringen, um auch bei internationalen Tätigkeiten Mitarbeiterrechte auf Ebene der Europäischen Gemeinschaft mit Informations- und Konsultationsrechten - in Anlehnung an Europäische Betriebsräte - zu erhalten. Die Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf im Polizeialltag ist ebenfalls auf europäischer Ebene voran zu bringen.

Notwendige gesetzliche Novellierungen

Bei der inneren Sicherheit darf es kein Sparen am falschen Ende geben. Wir fordern die Verabschiedung eines „**Sicherheitskonsolidierungsgesetzes**“ für die Sicherheitsbehörden des Bundes unter Beachtung unseres GdP-Konsolidierungsprogrammes.

Dies beinhaltet eine Reihe von notwendigen Anpassungen im **Bundespolizeigesetz**.

Weiterhin fordern wir, die Aufnahme von Vollzugsbeamtinnen und -beamten des Zoll in § 1 Abs. 1 Satz 1 BPolBG.



Wir fordern, **die besondere Altersgrenze für Polizeibeamtinnen und –beamte** belastungsorientiert anzupassen. Für alle Bereiche mit vollzugspolizeilichen Aufgaben ist die Altersgrenze belastungsbedingt – auf 60 Lebensjahre zu befristen.

Die GdP fordert, dass die **Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage** wieder hergestellt wird. Die Abschaffung der Ruhegehaltsfähigkeit war ein einseitiger Sparbeitrag, den nur die Polizeibeamten betraf und der als Sonderopfer besonders hart dessen Versorgungssituation verschlechterte.

Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf

Sicherheitsbehörden müssen rund um die Uhr einsatzfähig sein. Dies erschwert eine gute Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf, was unsere Kolleginnen und Kollegen oftmals vor fast unlösbare Probleme stellt. Soziale und familiäre Absicherung und Einbindung in ein funktionierendes Familienleben müssen für Beschäftigte von Bundespolizei, Zoll und BAG möglich sein. Die gesetzlichen Vorgaben legen fest, dass alle personalwirtschaftlichen Überlegungen unter den Vorbehalt der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf zu stellen sind. Es darf aber nicht länger nur bei Lippenbekenntnissen bleiben. Dass Personalwirtschaft nach dem Prinzip der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf organisiert wird, müssen unsere Kolleginnen und Kollegen spüren.

Die Menschen werden immer älter. Dies führt dazu, dass der Anteil pflegebedürftiger Menschen stetig wächst. Immer mehr Beschäftigte stehen deshalb jetzt oder in naher Zukunft vor der Aufgabe, ihre Berufstätigkeit mit der Pflege Angehöriger zu arrangieren.

Wir fordern daher flexible Arbeitszeitmodelle weiter auszubauen. Auch Flexi-/Lebensarbeitszeitkonten stellen ein gutes Instrument zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf dar. Weiterhin fordern wir die Aufnahme von Einsätzen/Einsatzlagen in den § 10 BGlG. Zur besseren Absicherung der Pflege von Angehörigen könnte der Pflgende Urlaub nach entsprechender Antragstellung durch eine Urlaubsansparung analog § 7a EurlVO bei vollen Bezügen abrufen. Ggf. bestehende Schlechterstellungen für Statusgruppen sind zu beseitigen.

Beschäftigte, die hauptsächlich aus familiären Gründen ihre Arbeitszeit reduzieren mussten, fordern wir einen Rechtsanspruch auf Rückkehr von Teilzeit in Vollzeit.

Eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen versehen Ihren Dienst in den Metropolregionen Deutschlands bspw. München, Frankfurt oder Düsseldorf. Leben und Wohnen gestaltet sich wegen hoher Lebenshaltungskosten schwer. Neben staatlich geförderter Wohnungsfürsorge müssen die Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf deutlich verbessert werden. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt sich daher auch für einen Kaufkraftausgleich für Hochpreisregionen ein.



Seniorenarbeit – Aktiv für unsere Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand

Der demografische Wandel unserer Gesellschaft findet seinen Niederschlag auch in der GdP. Deshalb bedarf es einer Intensivierung der Seniorenarbeit. Dies wollen wir durch ein für alle Gremien durchgängiges Konzept erreichen.

- Neben der Betreuung unserer Ruheständler müssen folgende Themen als Schwerpunkte der Seniorenarbeit gesehen werden:
- Jegliche Absenkungen des Rentenniveaus müssen verhindert werden.
- Zukünftige Renten müssen so gestaltet werden, dass man davon vernünftig leben kann.
- Die Beihilfebearbeitung muss so erleichtert werden, dass auch ältere Kolleginnen und Kollegen noch dazu in der Lage sind. Für unsere Kolleginnen und Kollegen, die dieses nicht mehr alleine können, ist durch den Dienstherrn und durch die Beihilfestellen entsprechende Hilfe zu gewährleisten.
- Bei den gesetzlichen Krankenkassen muss die paritätische Beitragszahlung wieder eingeführt werden.
- Bei der Wiedereinführung der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage muss erreicht werden, dass dies auch für den Personenkreis gilt, der sich schon im Ruhestand befindet und die von der Kürzung betroffen sind.

Dies sind nur einige Beispiele, die deutlich machen, dass unsere älteren Mitglieder die solidarische Unterstützung unserer Gewerkschaft benötigen und dass es für sie ein Vorteil darstellt in der GdP zu bleiben.

Personelle Herausforderungen

Als Arbeitgeber steht der deutsche Staat vor dem größten **Personalengpass** seiner Geschichte. Allein bei den Sicherheitsbehörden des Bundes fehlt es zukünftig trotz der Einstellungen bei der Bundespolizei von insgesamt zuzüglich 7.500 noch an ca. 2000 Stellen. Auch beim Zoll sind derzeit etwa 6.000 Stellen nicht besetzt und Abhilfe ist nicht in Sicht.

Zusätzliche Aufgaben können nur mit zusätzlichem Personal erledigt werden. Hohe kontinuierliche Einstellungen über den Zeitraum von 2022 hinaus werden erforderlich und müssen auch zur besseren Planung der Aus- und Fortbildung verbindlich festgelegt werden.

Bedarfsorientierte, regionale Einstellungen und Werbung in engerer Kooperation zwischen den regionalen Behörden und der Ausbildungsorganisation und anschließender Verwendung nach der Ausbildung in den jeweiligen Regionen sind unerlässlich für familienfreundliche und moderne Polizeibehörden. Die GdP sieht einen engen Zusammenhang geeignete Bewerber für den anspruchsvollen Beruf zu motivieren, wenn familiäre Planung von Anfang an erkennbar ist. Die Einstellung von Anwärtinnen und Anwärtern und deren spätere Verwendung nach der Ausbildung sind regional zu koppeln. Eine kontinuierliche und in die Zukunft gerichtete Organisationsentwicklung zur besseren Feststellung der personellen Bedarfe, aufgeschlüsselt bis auf die unterste dienstliche Ebene



(Reviere), sowohl in Vollzug, aber vor Allem auch in der Verwaltung- und im Tarifbereich sind zwingend erforderlich.

Fortbildung

Die Beschäftigten von Bundespolizei, Zoll und BAG sind durch eine Fortbildungsoffensive in die Lage zu versetzen, ihrer qualifizierten Arbeit gerechter zu werden. Zeitgemäße Fortbildungsmodule und eLearning entlasten die Fortbildungsorganisation, die sich auf die Ausbildungs herausforderung der kommenden Jahre konzentrieren kann. Jeder Fortbildungslehrgang punktet und qualifiziert für Beförderung- und Aufstieg. Modulare Weiterbildung und eLearning bedeuten auch bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und machen den Beruf zeitgemäß attraktiver.

Attraktivitätsprogramme

Wesentliche Instrumente zur Verbesserung der Berufszufriedenheit sind verbesserte Aufstiegsmöglichkeiten und eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Daher fordern wir die Auflegung eines **Attraktivitätsprogramms bei der Zollverwaltung** und die Weiterentwicklung der **Attraktivitätsprogramme für die Bundespolizei**. Damit einhergehend sind eine bessere Bewertungen der Funktionen, sowohl im mittleren als auch im gehobenen Dienst und deutlich verkürzte, verbesserte und vereinfachte (familienfreundlicher) Aufstiegsverfahren zu schaffen. Die Stellenanteile sind anzupassen und für den höheren Dienst auf 5 %, für den gehobenen Dienst auf mindestens 60% zu erhöhen.

Arbeitszeitfragen

Es kann nicht bestritten werden, dass in vielen Arbeitszeitfragen ein dringender Handlungsbedarf besteht. Der Bundeshaushalt lässt hierzu Spielräume zu. In mehreren Jahren in Folge wurden Milliarden Euro an Einnahmeüberschüssen erwirtschaftet.

Die Wochenarbeitszeiterhöhung wurde zur Stellenstreichung missbraucht – allein bei der Bundespolizei seit 2008 um insgesamt 1.066 Plan-Stellen, davon rd. 88 Planstellen für Verwaltungsbeamte und 511 Planstellen für Polizeivollzugsbeamte sowie rd. 466 Stellen für Tarifbeschäftigte. Ein kapitaler Fehler, der sich bereits nachhaltig rächte.

Die gewerkschaftlichen Forderungen, die aus unserer Mitgliederbefragung zur Arbeitszeit abgeleitet werden können, lauten:

- Reduzierung der Arbeitszeit einheitlich auf die 38,5 - Stundenwoche
- Einführung von Flexi-/Lebensarbeitszeitkonten
- Anrechnung von Pausen auf die Arbeitszeit
- Möglichkeiten einer familienfreundlicheren und persönlicheren Dienstplangestaltung mit verbindlichen und regelmäßig freien Wochenenden
- Verbindliche Urlaubsplangestaltung
- Mehr Sonderurlaub zur Pflege von Angehörigen



- Anrechnung der Bereitschaftszeiten 1:1
- Volle Anrechnung von Reisezeiten bei Dienstreisen als Arbeitszeit
- Keine Unterscheidung unterschiedlich benannter „Überstunden“
- Reduzierung der Überstunden
- Stärkung des Arbeitsschutzes

Zusammenarbeit von Bundespolizei und Zoll stärken

Geldwäsche und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität stehen auch im Focus des Zolls. Gerade bei der transnationalen organisierten Kriminalität geht es im Wesentlichen um wirtschaftliche Transaktionen verbotener Güter oder Dienstleistungen. Im Kampf gegen organisierte Steuerhinterziehungen und bei Gewinnabschöpfungen sind Finanzermittler einer Bundesfinanzpolizei und ihre Zusammenarbeit in mit den anderen Sicherheitsbehörden besonders gefragt.

Zoll und Bundespolizei unterstehen beide dem Bund und damit demselben Dienstherrn. Trotz ihrer unterschiedlichen Aufgaben haben Zoll und Bundespolizei eine Reihe von Berührungspunkten und Schnittmengen bei der Wahrnehmung ihrer jeweiligen polizeilichen Aufgaben.

Die weitere Verzahnung in der Sicherheitsarchitektur ist bedeutsam und notwendig. Der strukturelle und rechtliche Rahmen ist daher zu bilden, in dem auch geklärt ist, ob, wie und in welchem Umfang sich die Einsatzkräfte von Zoll und Bundespolizei im Alltag wechselseitig unterstützen und ihre Zusammenarbeit stärken können. Das derzeitige ungeordnete Nebeneinander muss durch ein geordnetes Miteinander beider Behörden ersetzt werden.

Die GdP fordert daher zur Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität und zur Bekämpfung des Terrorismus u sowie zur Stabilisierung der demokratischen Strukturen die Bundesfinanzpolizei.

Tarif und Verwaltung

Wer die Absicht hat, die operative Ebene der Sicherheitsbehörden des Bundes zu stärken, muss die Verwaltung und die Aus- und Fortbildungsorganisation ebenfalls weiterentwickeln und dringend entsprechende Ressourcen bereitstellen. Daher muss unbedingt auch im Tarifbereich sowie in der Verwaltung das Personal im Umfang entsprechend angepasst werden.

Unsere Verwaltungsbeamtinnen und - beamten und unsere Tarifbeschäftigten sind wesentliche Garanten, um die logistischen Abläufe in der Sicherheitsarchitektur des Bundes zu gewährleisten. Sie halten dem Vollzugsbereich den Rücken frei und sorgen für einen reibungslosen Ablauf aller Verwaltungsprozesse. Auch unterstützen sie den operativen Bereich der Bundespolizei bei vielen Vollzugsaufgaben.

Das kann nicht hoch genug bewertet werden.



Wir fordern daher deutlich bessere Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Tarifbeschäftigten sowie für unsere Verwaltungsbeamtinnen und -beamten und die Schaffung von deutlich mehr Stellen, um Polizeivollzugsbeamte von Verwaltungs- bzw. Vollzugsfremden Aufgaben zu entlasten. Auch muss die Umsetzung bereits bestehender tarifrechtlicher Förderungsmöglichkeiten eine deutliche Priorität erfahren.

Die Bundespolizei beschäftigt derzeit befristet ca. 600 ArbeitnehmerInnen in allen Feldern der Verwaltung. Die Spannweite geht von der Beschäftigung als Pförtner, Küchenhilfskraft, Verwaltungsfachangestellte bis zum Arbeitsvertrag als Fachschuloberlehrer. Etwa 300 Beschäftigte haben einen Arbeitsvertrag mit sachgrundloser Befristung. Sachgrundlos befristete Beschäftigungsverhältnisse sind Ergebnis einer verfehlten Beschäftigungspolitik. Die GdP fordert die Abschaffung sachgrundlos befristeter Beschäftigungsverhältnisse und deren Umwandlung in unbefristete Arbeitsverhältnisse.

Der Personalabbau seit Anfang der 90iger Jahre und der Wandel in der Altersstruktur führt auch im Bereich der Verwaltung zu Nachwuchsproblemen. Diese Erkenntnis hat die Verantwortlichen in der Bundespolizei noch nicht erreicht.

Die Zukunftsfähigkeit beginnt mit frischem Denken.

Deshalb fordert die GdP, dass die Ausbildung für die Kammer- u. Verwaltungsberufe dem tatsächlichen Bedarf in diesen Bereichen entspricht und die Einführung einer verbindlichen Ausbildungsquote sowie eine vorausschauende und wirklich belastbare Personalplanung.

Während in mehreren Sicherheitsbehörden des Bundes, wie dem Bundeskriminalamt, dem Bundesnachrichtendienst, dem Bundesamt für Verfassungsschutz oder dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, bereits Zulagen gezahlt werden, die die erhöhte Gefährdung der Beschäftigten im Tarifbereich und Verwaltungsbereich entschädigen sollen, bleiben diese derzeit Tarifbeschäftigten und Verwaltungsbeamtinnen und -beamten der Bundespolizei verwehrt, obwohl zahlreiche Beschäftigte dieser Bereiche auch im operativen Bereich eingesetzt sind. Ohne Verwaltung und Tarif funktioniert der Vollzug nicht. Daher ist es aus Sicht der GdP erforderlich und gerecht, dass eine einheitliche Zulage für alle Beschäftigte der Bundessicherheitsbehörden eingeführt wird. Diese Forderung hat die GdP bereits angeschoben und im politischen Raum nochmals bekräftigt.

Bürger wollen keine Privatisierung der Sicherheit

Die Privatisierungen im Bereich der inneren Sicherheit haben sich nicht bewährt. Daher fordern wir in allen Bereichen hoheitlicher Sicherheitsverwaltung die Entprivatisierung. Dieses gilt vor allem für Wach- u. Pförtnerdienste, Reinigungskräfte und die Luftsicherheit.

Am Beispiel der Privatisierung der Luftsicherheit wird deutlich, wie schädlich privates Handeln werden kann. Wer Sicherheit in die Hände Privater legt, macht die Qualität zum Kostenfaktor. GdP fordert daher die Schaffung einer Anstalt des öffentlichen Rechts, einer sogenannten Bundesanstalt für Luftsicherheit, die die Aufgabe Luftsicherheit deutlich effizienter und letztendlich sicherer macht.



Informationsmanagement und Digitalisierung

Im Rahmen der Informationsbeschaffung bzw. der IKT-Nutzung der Sicherheitsbehörden der Bundesrepublik Deutschland wird eine sachgerechte Ausstattung mit IT eine immer stärker werdende Rolle unterstellt. Hier heißt es also auf der Höhe der Zeit anzukommen um den Rückstand mit dem polizeilichen Gegenüber aufzuholen. Die Ausstattung ist materiell und personell deutlich anzupassen. Auch ist den Sicherheitsbehörden gut ausgebildetes Fachpersonal mit entsprechender Ausstattung zur Verfügung zu stellen. Die IT Ausstattung ist zukunfts- und leistungsfähig auszubauen. Dazu gehört ebenso die Ausstattung mit mobilen Endgeräten, bis hin zum modernen Arbeitsplatz des Streifenwagens.

Das Streifenfahrzeug als Arbeitsplatz ist genauso wie die persönliche Mannausstattung dementsprechend mit hochmoderner und mobiler Kommunikation auszustatten. Aufgrund des Wegfalls der "Störerhaftung" bei Zugängen zu WLAN-Hotspots fordert die GdP die Ausstattung sämtlicher bundeseigener Liegenschaften mit entsprechender Technik und der Möglichkeit ins offene WLAN zu gelangen. Damit einhergehend dient dies ebenso den Beschäftigten.

Ein beachtlicher Teil von Straftaten findet im Cyberraum bzw. auf der Internetplattform statt. Eine bundesweite einheitliche Zuständigkeit, sowohl von Strafverfolgungsbehörden, als auch von Ermittlungsbehörden ist zu prüfen.

Im Rahmen der IKT-Konsolidierung BUND ist auf Seiten der Sicherheitsbehörden zu prüfen, ob sie aufgrund der besonderen Datenverarbeitung die Daten eigenverantwortlich für sich verarbeiten. Daher scheint der Betrieb eines Rechenbetriebszentrums für Sicherheitsbehörden ein guter Weg.

Diesen Leitantrag verstehen wir als Arbeitsauftrag und Selbstverpflichtung. Wir werden im Rahmen unserer gewerkschaftlichen und personalrätlichen Möglichkeiten im Geiste dieses Leitantrages an einer Verbesserung der Sicherheitsarchitektur des Bundes aktiv mitwirken.

Wer verantwortungsvoll das Vertrauen der Bürger in die Ordnung frei von Gesinnung will, sollte Innere Sicherheit ganzheitlich und nachhaltig denken und danach handeln.